

Beschluss des GKV-Spitzenverbandes zur Festlegung von Zuzahlungsfreistellungsgrenzen nach § 31 Abs. 3 Satz 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

Vom 11. Mai 2026

Der GKV-Spitzenverband hat am 11. Mai 2026 Festbeträge angepasst (BANZ vom 19. Mai 2026).

Hierauf bezogen hat er gemäß § 31 Absatz 3 Satz 4 SGB V für die nachfolgenden Festbetragsgruppen nach § 35 Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 und 3 SGB V (Stufe 2 und 3) Zuzahlungsfreistellungsgrenzen beschlossen:

Stufe	Festbetragsgruppe	Gruppe	Faktor
2	Anticholinergika	1	0,65
2	Carboanhydrasehemmer	1	0,7
2	DPP-4-Inhibitoren	1	0,6
2	HMG-CoA-Reduktasehemmer	1	0,7
2	Koloniestimulierende Faktoren, langwirksam	1	0,5
2	Prostaglandin-Analoga	1	0,75
2	Vitamin-D-Analoga	1	0,7
3	Kombinationen von ACE-Hemmern mit weiteren Diuretika	1	0,7
3	Kombinationen von Angiotensin-II-Antagonisten mit Calciumkanalblockern	1	0,5
3	Kombinationen von Angiotensin-II-Antagonisten mit Calciumkanalblockern und Hydrochlorothiazid	1	0,75
3	Kombinationen von Carboanhydrasehemmern mit Timolol	1	0,8
3	Kombinationen von Glucocorticoiden mit langwirksamen Beta2-Sympathomimetika	1	0,8
3	Kombinationen von HMG-CoA-Reduktasehemmern mit Ezetimib	1	0,65
3	Kombinationen von Prostaglandin-Analoga mit Timolol	1	0,55
3	Monoaminoxidase-B-Hemmer	1	0,6

Bei der Verordnung von Arzneimitteln der hier aufgeführten Festbetragsgruppen, deren Apothekenverkaufspreise inkl. Mehrwertsteuer den Wert der jeweiligen Zuzahlungsfreistellungsgrenze nicht überschreiten, werden Versicherte von der gemäß § 31 Absatz 3 Satz 1 SGB V zu leistenden Zuzahlung befreit.

Die Zuzahlungsfreistellungsgrenzen für die Arzneimittel der oben genannten Festbetragsgruppen werden wie folgt ermittelt: Der Festbetrag wird um die Mehrwertsteuer in Höhe von 19 % reduziert. Von diesem Ergebnis wird gemäß der ab 27. Juli 2023 geltenden Fassung der Arzneimittelpreisverordnung (AMPreisV) für verschreibungspflichtige Arzneimittel der Apothekenzuschlag nach § 3 AMPreisV und der Großhandelszuschlag nach § 2 AMPreisV abgezogen. Der so ermittelte Wert wird mit dem für die Festbetragsgruppe oben angegebenen Faktor multipliziert. Zu diesem Wert werden der Großhandelszuschlag nach § 2 AMPreisV, der Apothekenzuschlag nach § 3 AMPreisV sowie die Mehrwertsteuer in Höhe von 19 % hinzugerechnet.

Die Zuzahlungsfreistellungsgrenzen gelten vom 1. Juli 2026 an bis zum In-Kraft-Treten einer gemäß § 35 Absatz 5 SGB V nachfolgenden Anpassung des Festbetrags derjenigen Festbetragsgruppe, die der jeweiligen Zuzahlungsfreistellungsgrenze zu Grunde liegt.

Dieser Beschluss des GKV-Spitzenverbandes und seine Begründung können eingesehen werden beim:

GKV-Spitzenverband
Abteilung Arzneimittel
Referat Arzneimittel-Daten
Reinhardtstraße 28
10117 Berlin

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, Försterweg 2 – 6, 14482 Potsdam schriftlich, in elektronischer Form oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Klage erhoben werden.

Die elektronische Form wird durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments gewahrt, das für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet ist. Es muss

- entweder mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder
- von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg nach § 65a Absatz 4 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) eingereicht werden.

Eine einfache E-Mail genügt den gesetzlichen Anforderungen nicht.

Rechtsanwälte, Behörden oder juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse müssen die Klage als elektronisches Dokument übermitteln. Gleiches gilt für die nach dem SGG vertretungsberechtigten Personen, für die ein sicherer Übermittlungsweg nach § 65a Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 SGG zur Verfügung steht.

Weitere Voraussetzungen, insbesondere zu den zugelassenen Dateiformaten und Übermittlungswegen sowie zur qualifizierten elektronischen Signatur, ergeben sich aus der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung) in der jeweils gültigen Fassung. Über das Justizportal des Bundes und der Länder (www.justiz.de) können weitere Informationen über die Rechtsgrundlagen, Bearbeitungsvoraussetzungen und das Verfahren des elektronischen Rechtsverkehrs abgerufen werden.

Berlin, den 11. Mai 2026

GKV-Spitzenverband
Der Vorstand

Stoff-Ahnis